

Einleitung

Das Schicksal von Migranten und Flüchtlingen auf See ist mittlerweile fester Bestandteil der Medienberichterstattung. Regelmäßig berichten auch deutsche Tageszeitungen, dass Migranten vor den Küsten Süditaliens oder Spaniens in Seenot geraten sind. Häufig kommen Migranten auch zu Tode, weil ihr Boot sinkt. Ein Ende dieser Tragödien ist nicht abzusehen. Armut und Mangel an Perspektiven, aber auch Menschenrechtsverletzungen treiben die Menschen aus ihren Heimatländern auf die See.¹ Von der Einwanderung auf dem Seeweg betroffen sind insbesondere die Staaten Südeuropas.

In aller Regel wird die Seereise der Migranten von professionellen Menschenhugglern organisiert.² Doch deren Inanspruchnahme hat einen oftmals nicht nur finanziell hohen Preis. Weltweites Aufsehen verursachte bereits 1993 der Fall des unter der Flagge von Honduras fahrenden Schiffes „Golden Venture“, das mit 300 chinesischen Migranten vor der Küste von New York auf Grund lief. Viele der Passagiere, die mehr als drei Monate unter unerträglichen Bedingungen an Bord des Schiffes zugebracht hatten, wurden von den Schmugglern gezwungen, über Bord zu springen. Acht Menschen starben bei dem Versuch, das Ufer zu erreichen.³

Dieses Beispiel zeigt, dass die Bekämpfung des Menschenhuggels nicht nur den Bedürfnissen der Küstenstaaten entspricht, die einer unkontrollierten Einwanderung ausgesetzt sind, sondern auch im Interesse der Flüchtlinge liegt. Allerdings kann die Gefahr bestehen, dass die Staaten sich auf die Bekämpfung des Menschenhuggels und die Kontrolle der Einwanderung beschränken und den Schutz vernachlässigen, der Flüchtlingen und Migranten aus dem internationalen Recht zusteht.

Mit dieser Arbeit werden deshalb zum einen die Instrumente des internationalen Rechts analysiert, die der Kontrolle der Einwanderung und der Bekämpfung des Menschenhuggels auf See dienen können. Zum anderen werden die flüchtlings- und menschenrechtlichen Grenzen dieser Eingriffsrechte und weitergehende staatliche Verpflichtungen gegenüber Migranten, Asylsuchenden und Flüchtlingen aufgezeigt.

¹ *Kehayioylou*, UNHCR, UN and maritime experts draw up life-saving recommendations for those in peril on the sea, 14. September 2005 sowie UNHCR, Madrid-Background Paper vom 23. und 24. Mai 2006, S. 2.

² Mitteilung der Europäischen Kommission „Über eine gemeinsame Politik auf dem Gebiet der illegalen Einwanderung“, KOM (2001) 672 endg.

³ Mitteilung der Europäischen Kommission „Über eine gemeinsame Politik auf dem Gebiet der illegalen Einwanderung“, KOM (2001) 672 endg.

Um diese Aufgabe zu leisten, erfolgt zunächst ein Überblick über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede sowie die regionale Verteilung der Migration auf dem Seeweg. Anschließend wird untersucht, auf welche völkerrechtlichen Rechtsgrundlagen sich Küstenstaaten bei Eingriffsmaßnahmen gegenüber der Migration und dem Menschen schmuggel auf See stützen können. Die Gliederung der Untersuchung folgt dabei den verschiedenen Meereszonen. Im weiteren Verlauf soll geklärt werden, ob und welche Pflichten den Küstenstaat gegenüber Migranten oder Flüchtlingen treffen können, sei es, weil diese in Seenot geraten sind, sie sich im Staatsgebiet des Küstenstaates befinden oder weil dieser ihnen gegenüber Abwehrhandlungen vornimmt. Die Untersuchung befasst sich dazu ausführlich mit den staatlichen Verpflichtungen, die sich aus dem Seevölkerrecht, dem Flüchtlingsvölkerrecht und den Menschenrechten ergeben. In diesem Zusammenhang wird auch thematisiert, ob und wie die Verantwortung zwischen den Flaggen- und den Küstenstaaten verteilt ist, wenn es um die Aufnahme von aus Seenot geretteten Migranten oder Asylsuchenden geht. Schließlich wird am Beispiel der Europäischen Union demonstriert, welche regionalen Strategien und Instrumente zur Lösung der Migration über See entwickelt werden. Ein Blick auf die Rechte und Pflichten der Flaggenstaaten sowie der Herkunfts- und Transitstaaten im Hinblick auf Asylsuchende und Migranten auf See schließt die Arbeit ab.

<http://www.springer.com/978-3-540-92930-7>

Asylsuchende und Migranten auf See
Staatliche Rechte und Pflichten aus völkerrechtlicher
Sicht

Rah, S.

2009, XX, 315 S., Softcover

ISBN: 978-3-540-92930-7